

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

07.02.2023

Inhalt

EWN

1 Wie Lubmin am sowjetischen Reformwillen scheiterte <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 07.02.2023</i>	3
2 EU nimmt Russlands Atomindustrie ins Visier <i>Handelsblatt, 07.02.2023</i>	5
3 AKW Emsland wieder am Netz – nach letzter Revision <i>Spiegel.de, 06.02.2023</i>	7

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 07.02.2023 | S. 12

📄 Auflage: 10.108 | Reichweite: 31.339

👤 Oberdörfer Eckhard

HISTORISCHES

Wie Lubmin am sowjetischen Reformwillen scheiterte

Eigentlich sollte das Kernkraftwerk viel größer werden als es bis zur Wende war. Doch das scheiterte an der Krise der UdSSR

Ende der 1970er Jahre produzierten die Kernkraftwerke (KKW) der DDR bei Rheinsberg und Lubmin fast zwölf Prozent des Stroms im Arbeiter- und Bauernstaat. Mit der Inbetriebnahme der Blöcke drei und vier 1978 bzw. 1979 am Greifswalder Bodden feierte die Energiewirtschaft im Osten Deutschlands noch einmal Erfolge.

Trotz milliardenschwerer Investitionen für weitere Blöcke in Lubmin und ein drittes Werk bei Stendal ab 1974 war damit der Höhepunkt erreicht. In den Dauerbetrieb ging keiner der moderneren vier weiteren Blöcke bei Lubmin. Eigentlich sollte mit ihnen knapp 20 Prozent des Elektroenergiebedarfs ab Mitte der 1980er Jahre gedeckt werden. Das Ziel, in Niedergörne bei Stendal ebenfalls ab Mitte der 1980er Jahre Strom zu erzeugen, erwies sich ebenso als unrealistisch.

Alle drei Werke gehörten zum 1980 gebildeten Volkseigenen Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“ Greifswald. Auf dem IX. Parteitag der SED 1976 war ferner der Standort für ein viertes Kraftwerk bei Dessau festgelegt worden.

In seinem Buch „Roter Strom. Die Geschichte des Kernkraftwerks Rheinsberg 1956-2000“ nennt Autor Sebastian Stude die Phase nach 1979 „Stagnation und Krise“. Sie „erreichte bei steigenden Kosten nicht die Ziele der ambitionierten zentralen Beschlüsse, sondern war geprägt von einem ‚Durchwursteln‘ mit mehr oder weniger örtlichen Improvisationen“.

Die bereits Strom erzeugenden Kernkraftwerks-Blöcke waren veraltet. Das Rheinsberger Werk war hinter den Zielen zurückgeblieben und erreichte nicht die Produktivität der Braunkohlekraftwerke, deren Bau zudem billiger war. Während die Lubminer Reaktoren 80 Prozent des Jahres am Netz waren, war das beim industriellen Lehr- und Versuchskraftwerk Rheinsberg nur an etwas mehr als 60 Prozent der Tage der Fall - zu wenig, um rentabel zu sein. Dass in Rheinsberg nach 20 geplanten Betriebsjahren weiter produziert wurde, sei betriebswirtschaftlich gesehen ruinös und volkswirtschaftlich belastend gewesen, war aber wegen immer geringer werdender Spielräume notwendig fürs Überleben. Laut Stude war die Abhängigkeit von der Sowjetunion ein großes Problem. Den populären Vorstellungen des 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählten Michael Gorbatschow lag kein Gesamtkonzept zugrunde.

Die Sowjetunion schlitterte darum in eine „dreifache Krise aus zerstörten Machtstrukturen, aufgelösten Autoritäten und sinkendem Lebensstandard“, so Stude. Für Stendal und die Blöcke V bis VIII in Lubmin wurden viel zu wenig Materialien und Ersatzteile geliefert. Dazu kamen vom Ministerium für Staatssicherheit festgestellte schwerwiegende Mängel an beiden Standorten. Der letzte Ausweg waren der Import von Strom aus dem Westen und die Kooperation mit der Bundesrepublik. 1990 wurden die KKW Greifswald und Rheinsberg stillgelegt. Info: Sebastian Stude: Roter Strom. Die Geschichte des Kernkraftwerks Rheinsberg 1956 bis 2000, ISBN 978-3-96311-747-3, 48 Euro



Bildunterschrift: Die Rückseite des zuletzt gültigen 10-Mark-Scheins der DDR zeigt eine fiktive Schaltwarte des KKW Rheinsberg.

UKRAINE-KRIEG**EU nimmt Russlands Atomindustrie ins Visier**

Der Atomkonzern Rosatom ist für Russlands Wirtschaft und Militär von zentraler Bedeutung. Doch bald könnte er zum Ziel westlicher Sanktionen werden.

Der Westen hat die Einfuhr von Öl, Gas und Kohle aus Russland mit Sanktionen belegt – also entweder untersagt oder mit einem Preisdeckel versehen. Nur Uran, Brennstäbe und Nukleartechnik dürfen bisher ungehindert importiert werden. Das soll sich ändern: Die EU bereitet ihr zehntes Sanktionspaket gegen Russland vor, und diesmal könnte es explizit auch um Strafmaßnahmen gegen die mächtige Atomindustrie des Landes gehen.

Der Vorstoß kommt spät, denn das Europaparlament hatte bereits im Frühjahr „ein sofortiges vollständiges Embargo für russische Importe von Öl, Kohle, Kernbrennstoffe und Gas“ gefordert. Es gelte, so hieß es damals, „die Zusammenarbeit mit russischen Unternehmen bei bestehenden und neuen Nuklearprojekten zu beenden“.

Wieder einmal ist es die Ukraine selbst, die den Druck auf Brüssel erhöht. Präsident Wolodimir Selenski verhängte am Sonntag per Dekret Sanktionen gegen Russlands Atomindustrie und rief den Westen dazu auf, diesen wichtigen Wirtschaftszweig Russlands ebenfalls in den Fokus zu nehmen. Noch jedoch steht Ungarns Premier Viktor Orban den Strafmaßnahmen im Weg. Für ihn seien solche Schritte „indiskutabel“, sagte er jetzt im ungarischen Rundfunk. Orban ist für seine Nähe zum russischen Präsidenten Wladimir Putin bekannt, seine Energiepolitik ist zudem eng mit der Russlands verflochten.

Ungarn bleibt die Ausnahme

Bereits seit 1982 betreibt Ungarn das sowjetische Atomkraftwerk Paks an der Donau mit vier Meilern, dort sollen außerdem zwei weitere Reaktoren des russischen Staatskonzerns Rosatom installiert werden. Russland stellt für das 12,5 Milliarden Euro teure Projekt einen Kredit von zehn Milliarden Euro zur Verfügung.

Doch Ungarn bleibt eine Ausnahme. Der schwedische Vattenfall-Konzern etwa hatte bereits am 24. Februar vergangenen Jahres, dem Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine, einen Stopp aller russischen Uranimporte angekündigt. Und Finnland sagte im Mai seinen zusammen mit dem Moskauer Atomkonzern Rosatom geplanten Bau des Kernkraftwerks Hanhikiwi ab. Bulgarien sucht für die sowjetischen Reaktoren in Kosloduj andere Lieferanten für Brennstäbe, wenn 2024 der Vertrag mit der Rosatom-Tochter Tvel ausläuft. Auch in Deutschland wächst der Druck. So will sich an diesem Dienstag bei der Hauptversammlung von Siemens Energy der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zu Wort melden.

Dem Vorstand des Münchener Energieanlagenbauers, so die Forderung, solle die Entlastung verweigert werden, da Siemens Energy „trotz des brutalen Angriffskriegs des Kremls auf die Ukraine seine Nukleargeschäfte mit dem russischen Staatskonzern Rosatom noch immer nicht aufgegeben“ habe. Dabei gehe es laut Aktionärsvertretern „nicht nur um noch laufende Uranlieferungen, sondern auch um den geplanten Export von Steuerungssystemen für bestimmte Reaktoren“.

Rosatom könnte demnach seine im Bau befindlichen Reaktoren ohne die Technologie von Siemens Energy und der französischen Framatome nicht in Betrieb nehmen, „da Rosatom diese Steuerungssysteme sonst von keinem anderen Unternehmen beziehen kann“. In den Gesprächen der EU über etwaige Atomsanktionen dürfte vor allem ein Name häufig fallen: Sergej Kirilenko. Der langjährige Vorstandschef und heutige Aufsichtsratsvorsitzende des Atomkonzerns Rosatom ist zugleich auch Vizechef der russischen Präsidentschaftsverwaltung. Er ist dort Putins Mann für die besetzten Gebiete in der Ukraine und steht auf den westlichen Sanktionslisten.

Der sogenannten Jermak-McFaul-Gruppe geht das

nicht weit genug. Das von den USA geführte internationale Expertengremium, das die Sanktionen gegen Russland analysiert, fordert eine Ausweitung der Sanktionen auf andere Rosatom-Topmanager sowie gegen den Konzern insgesamt. Was den Fall Rosatom zusätzlich brisant macht: Der Konzern ist federführend für den Betrieb des von der russischen Armee besetzten Kernkraftwerks im ukrainischen Saporischschja verantwortlich.

Rosatom-Fachleute haben nach Erkenntnissen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) dafür gesorgt, dass das Atomkraftwerk vom ukrainischen Stromnetz abgekoppelt und für Russland weiterbetrieben wird – etwa zur Stromversorgung der völkerrechtswidrig annektierten Halbinsel Krim. Immer wieder berichteten aus dem Kraftwerk geflüchtete bisherige Mitarbeiter, dass ukrainische Atomexperten dort von russischen Besatzern gefoltert werden. Die IAEA fordert eine Schutzzone um das größte Atomkraftwerk Europas, was Russland ablehnt. Für Wladyslaw Wlaskjuk, der in Kiew die Sanktionspolitik der Ukraine verantwortet, ist das eine Frage der Priorität. Man müsse „Russland seine Einnahmen nehmen, aus denen es seine Armee finanziert“, sagte er dem Handelsblatt. „An erster Stelle steht dabei die Atomindustrie.“

Rosatom ist für Russland nicht nur eine wichtige Einnahmequelle, der Konzern stärkt mit seinen 300 Tochterfirmen auch die Materialbeschaffung der Waffenschmieden. Das geht aus einem Schreiben eines Rosatom-Abteilungsleiters hervor, das dem ukrainischen Geheimdienst vorliegt.

So wird Aluminiumoxid weitergeleitet an Rüstungsfirmen, die die Chemikalie für die Produktion von Raketentreibstoff brauchen. In großen Mengen beschaffte Lithium-Ionen-Batterien werden in Panzern eingebaut. 3D-Drucker werden in der Waffenbranche statt in der Teileproduktion der Atomindustrie eingesetzt. Chemische Stoffe werden besorgt für die Hersteller von Kampffjets und Raketen. Für Russland ist Nukleartechnologie ein zentrales Geschäft, wie aus dem Geschäftsbericht von Rosatom aus dem Jahr 2021 hervorgeht: Neun Milliarden Dollar nahm der vom Kreml kontrollierte Konzern 2021, in dem Jahr vor dem Ukrainekrieg, durch den Export von Atomtechnik, Brennstäben und Roh-Uran ein.

Keine Bilanzen veröffentlicht

Inzwischen veröffentlichen vor allem staatsnahe russische Unternehmen keine Bilanzen mehr. Für 140 Milliarden Dollar hatte Rosatom demnach Auslandsaufträge für den Bau von Atomkraftwerken binnen zehn Jahren in den Büchern. 2021 nahm der Atomkonzern

damit 4,9 Milliarden Dollar ein. Durch den Export von nuklearem Brennstoff verdiente er weitere 3,3 Milliarden Dollar allein im Ausland.

Russland ist dabei ein Global Player auf dem Atommarkt: Bisher kontrolliert Rosatom 12.000 der bisher 31.600 Tonnen an genutzten Kapazitäten von Uran-Anreicherungsanlagen weltweit (außer dem Iran). Das Land, das nur über acht Prozent der globalen Uranreserven verfügt, ist – auch weil Rosatom den Uranabbau Kasachstans kontrolliert und das kasachische Uran auf den benötigten Brennwert anreichert – der größte Einzelanbieter von nuklearen Brennstoffen. 2020 hat Rosatom ein Fünftel des in der EU verarbeiteten Roh-Urans geliefert und 26 Prozent des angereicherten Urans, die Exporte in die USA beliefen sich auf 14 beziehungsweise 28 Prozent. Rosatoms Vorteil ist, dass der Kreml-Konzern die ganze Atomkette anbietet: von der Finanzierung der Kraftwerke über ihren Bau, die Lieferung der Brennstäbe, die Ausbildung des Kraftwerkspersonals bis hin zur teilweisen Rücknahme des Atom Mülls.

In elf Ländern hat der Konzern schon Atomkraftwerke vom Typ VVER gebaut – darunter in Tschechien und in Finnland. Weitere 19 sind in Planung oder im Bau. Der erste Block im türkischen Meiler Akkuya soll laut Präsident Recep Tayyip Erdogan in diesem Jahr hochgefahren werden. Für den Bau von Atommeilern in Bangladesch und Ägypten hat Russland wie in Ungarn auch gleich die Finanzierung mitgebracht – elf beziehungsweise 25 Milliarden Dollar. In der Türkei sollen die Russen die Meiler selbst betreiben und nur den Strom zu festgelegten Preisen verkaufen. Und mindestens 30 afrikanischen Ländern hat Rosatom Bauangebote unterbreitet. Der Konzern wird von Russland gezielt als „zweiter Knüppel neben Gazprom“ eingesetzt, wie der in die Ukraine geflüchtete frühere Rosatom-Mitarbeiter Konstantin Batoskij berichtet. Der Konzern habe eine Strategie ausarbeiten lassen, wie durch den Export von russischen Atomkraftwerken und Brennstoffen andere Länder abhängig gemacht werden können – wie es bei der Erdgaslieferung durch den ebenfalls vom Kreml kontrollierten Gazprom-Konzern geschehen ist.

Immer wieder kam es dabei nach Aussage Batoskij auch zu Korruptionsfällen, etwa bei Rosatoms Geschäften in Südafrika oder in Ungarn, bei denen ein russischer Mafiaboss mit am Verhandlungstisch gesessen habe. Wie gefährlich die Abhängigkeit von Russland werden kann, belegt eine Drohung des für Energiefragen zuständigen Vizeregierungschefs Alexander Nowak: Im Falle von „Unfreundlichkeiten“ gegen Russland könne man die Lieferungen von Uranbrennstoff einstellen.

 Spiegel.de | 06.02.2023 Sebastian Stoll WEBLINK**FÜR NUR ZWEI MONATE****AKW Emsland wieder am Netz – nach letzter Revision**

An sich wäre es keine Nachricht: Nach einer kurzen Revision produziert das AKW Emsland nun wieder Strom. Das Besondere: Diesen Vorgang wird es in Deutschland wohl nie wieder geben.

Das Atomkraftwerk Emsland in Lingen ist nach einer Umgruppierung der Brennelemente wieder am Netz. Niedersachsens Energieministerium teilte am Montag mit, bei den Arbeiten habe es sich um die letzte Revision und den letzten Kurzstillstand in einem deutschen Atomkraftwerk gehandelt.

Die Anlage gehe nun mit um rund 25 Prozent verminderter Leistung in den Streckbetrieb, den der Bundestag beschlossen hatte. Mit Ablauf des 15. April werde das AKW endgültig vom Netz genommen. Die Vorbereitungen für den Rückbau liefen bereits.

»Die Nutzung der Atomenergie findet nach einem jahrzehntelangen gesellschaftlichen Streit nun endlich ein

Ende«, sagte Energieminister Christian Meyer (Grüne). Er betonte, aus seiner Sicht hätte es den Weiterbetrieb im Emsland nicht gebraucht, »zumal wir in Norddeutschland keinen Strommangel haben und die negativen Szenarien des Stresstests der Bundesregierung nicht eingetreten sind«.

Der Standort Lingen soll nun laut Meyer zusammen mit RWE zu einem Zentrum zur Erzeugung von grünem Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien ausgebaut werden. »Damit schaffen wir Energiesicherheit und sorgen dafür, dass nicht mehr so viele Windkraft- oder Biogasanlagen wegen Stromüberschüssen im Netz abgeschaltet werden müssen.«